



## Presseinformation

Nr. 258 / 2014

Kiel, Donnerstag, 12. Juni 2014

Verkehr / Volksabstimmung

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Christopher Vogt: Albig's Forderung nach bundesweiten Volksabstimmungen über Verkehrsprojekte ist völliger Unsinn

Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Torsten Albig, bei großen Verkehrsprojekten eine Volksabstimmung durchzuführen, erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Der Ministerpräsident hat die Verkehrspolitik als geeignetes Thema erkannt, um sich bundesweit zu profilieren. Leider sind seine Vorschläge entweder bereits Realität oder kontraproduktiv für unser Land.

Bei der Beltquerung und aller Voraussicht nach auch bei der westlichen Elbquerung der A 20 wird es ‚Kassenhäuschen‘ geben. Diese Form der Nutzerfinanzierung sollte jedoch nur in Ausnahmen Anwendung finden. Die Devise ‚Erhalt vor Neubau‘ ist schon lange Realität, aber Herr Albig meint mit seinem Vorschlag eines Neubaumatoriums eigentlich ‚Kein Neubau‘ mehr. Das wäre dann das Aus der A 20. Das meint er hoffentlich nicht ernst.

Klar muss sein, dass deutlich mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur ausgegeben werden muss, wenn Schlaglöcher verschwinden, marode Brücken ersetzt und Lücken im Netz geschlossen werden sollen. Es muss endlich mehr Geld in den Jahr für Jahr wachsenden öffentlichen Haushalten für die Verkehrsinfrastruktur reserviert werden. Da soll sich Albig's Landesregierung in ganz besonderem Maße angesprochen fühlen, denn bisher macht sie da nicht ansatzweise ihre Hausaufgaben. Die Landesstraßen lässt sie in unverantwortlicher Weise verrotten.

Albig's Forderung nach bundesweiten Volksabstimmungen über Projekte wie die Feste Fehmarnbeltquerung oder den Weiterbau der

A 20 klingt populär, entpuppt sich jedoch bei näherer Betrachtung als völliger Unsinn und gar nicht realisierbar. Meint Albig wirklich, dass es die Menschen in Bayern so sehr interessiert, ob die A 20 über die Elbe gebaut wird oder nicht, dass sie sich darüber umfangreich informieren und dann am Sonntag ins Wahllokal gehen? Wohl kaum.

Die Landesregierung wäre gut beraten, sich endlich mit prominenten Vertretern in Berlin für ein Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke einzusetzen, damit es in zwölf Jahren, wenn die Brücke am Ende ihrer Lebensdauer angekommen ist, nicht zum verkehrspolitischen Super-GAU in Schleswig-Holstein kommt. Der bisherige Zeitplan hinsichtlich einer Einigung mit Berlin wurde nicht eingehalten, was man angesichts des Zeitdrucks nur als fahrlässig bezeichnen kann.

Die Verkehrsprognose des Bundesverkehrsministeriums sollte ein Alarmsignal für die Landesregierung und ihren Ministerpräsidenten sein. Anstatt die Landesstraßen vergammeln zu lassen und sich für Neubaumoderatorien bei der Infrastruktur des Bundes einzusetzen, sollte der Ministerpräsident das genaue Gegenteil tun. ÖPP-Modelle, wie sie Bundesverkehrsminister Dobrindt vorschweben, können dabei nicht die Lösung des Problems sein. Wir brauchen keine neuen Schattenhaushalte. Die stetig wachsenden Steuereinnahmen müssen in die Infrastruktur und auch in die Bildung investiert werden – ausreichend Geld wäre vorhanden.“